

Aus Wut wird Widerstand. Erwerbslosenproteste in Deutschland

Harald Rein

Einleitung

Die derzeit „gute“ Beschäftigungssituation in Deutschland hängt eng mit der Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Einschränkung sozialer Leistungen und Rechte für einen Großteil der Bevölkerung zusammen. Knapp acht Millionen Menschen arbeiten in Deutschland im Niedriglohnbereich. Um dies zu erreichen, werden seit Jahren die Regelsätze, die wie ein Mindestlohn wirken, mit interessensgeleiteten statistischen Zugriffen auf niedrigstem Niveau gehalten, bei gleichzeitigem Ausbau eines differenzierten Sanktionsapparates. Arme Menschen sind immer von mehr oder minder großen Einschränkungen ihrer sozialen Situation betroffen, deshalb hatte auch bisher die weltweite Krise keine direkten Auswirkungen auf kollektive Aktionsweisen von Erwerbslosen und NiedriglöhnerInnen. Die Lebensumstände der meisten Erwerbslosen waren und sind immer krisenhaft, das verfügbare Budget befindet sich ständig am unteren Level des Existenzminimums. Aber nicht nur Armut, sondern auch Widerstand und Protest in vielfältiger Form sind ständiger Wegbegleiter der betroffenen Menschen. Über letztere Aktivitäten soll im Weiteren berichtet werden.

Obwohl es seit Beginn der Industrialisierung Proteste von Erwerbslosen in unterschiedlicher Form und Intensität gegeben hat und weiterhin gibt, spielen diese weder in der historischen Forschung noch in der aktuellen Sozialprotestgeschichte eine nennenswerte Rolle. Möglicherweise liegt dies am arbeitszentristischen Blickwinkel vieler Forscher und Forscherinnen, für die Erwerbslose nur als Integrationsmasse in einem sich stetig wandelnden Arbeitsmarkt mit spezifischen Problemlagen erscheinen. Hinzu kommt ein gängiger Protestbegriff, der nur selten das Widerstandsensemble von Erwerbslosen begreifbar machen kann. Und schließlich hat die alte ArbeiterInnenbewegung, mit ihrer starren Orientierung auf den Betrieb, Erwerbslose unter anderem als potentielle KonkurrentInnen für einen immer enger werdenden Arbeitsmarkt gesehen. Da, wo Erwerbslose die Initiative übernahmen und sich politisch engagierten, wurden ihre Aktivitäten unter die allgemeinen Kämpfe der ArbeiterInnenschaft subsumiert. Erste Forschungen im Nachkriegsdeutschland sprachen den Erwerbslosen schlicht die Organisations- und Konfliktfähigkeit ab (etwa Offe 1972¹ und Wacker 1987²), von großen Teilen der psychologischen Wissenschaft wurden Erwerbslose kategorisiert und mit verallgemeinernden stigmatisierenden Merkmalen belegt (psychische Störungen durch fehlende Lohnarbeit). Auch in letzter Zeit finden sich in linken Zeitungen immer wieder diskriminierende Behauptungen über die Arbeitslosen: „Die Tatsache, dass den Arbeitslosen der ganze Tag zur freien Verfügung steht, bedeutet nicht, dass mit der Zeit sinnvoll umgegangen wird. Aus ihrem arbeitszentrierten Lebensrhythmus ausgesondert, verlieren sich die Menschen in einer unendlichen Zeitschleife: Ihr Leben fließt ohne markante Geschehnisse dahin.“³

Aber trotz aller vermuteten und teilweise natürlich auch vorhandenen Widrigkeiten hat sich der Erwerbslosenprotest unter bestimmten Bedingungen massenhaft bemerkbar gemacht, oft eruptiv auf Strassen, in Ämtern und auf Rathausstuben, aber meist mit listigen Handlungen, um eine Aufbesserung des geringen, staatlich festgelegten Existenzminimums zu erreichen.

Im Weiteren werde ich wichtige Etappen des Erwerbslosenprotestes in Deutschland skizzieren, die Rolle der Gewerkschaften in diesem Zusammenhang erörtern und schließlich aktuelle Debatten und Entwicklungen innerhalb der Protestbewegung ansprechen. So notwendig eine europäische Erwerbslosenbewegung gegen die gegenwärtige Austeritätspolitik wäre, so gering sind die Kontakte und Informationen zu anderen europäischen AktivistInnen. Die Organisation von Kongressen, die Fahrten ins europäische Ausland oder die Übersetzung von interessanten Texten der Initiativen ist eben auch eine Frage des Geldes. Und dies fehlt, besonders den Erwerbslosen.

Erwerbslose formieren sich

Als Beginn der Erwerbslosenbewegung in Deutschland wird der Dezember 1982 mit dem Ersten Arbeitslosenkongress in Frankfurt gesehen, obwohl es bereits 1977 überregionale Treffen von Arbeitslosenselbsthilfegruppen gegeben hat, deren inhaltlicher Schwerpunkt im Bereich alternativer Ökonomie lag⁴.

Das erstmalige, bundesweite Zusammenkommen von Erwerbslosenzentren, -treffs und -initiativen aus dem kirchlichen, gewerkschaftlichen und autonomen (d.h. selbstorganisierten) Spektrum bedeutet nicht nur ein Signal für einen Gründungsboom von Erwerbslosengruppen⁵, sondern setzte auch wichtige inhaltliche Schwerpunkte und verdeutlichte gewichtige Unterschiede zwischen den Initiativen. Dies bezog sich hauptsächlich auf die Fragen nach der Notwendigkeit einer zentralen Organisationsform, der Forderung nach einem Recht auf Arbeit und der Rolle von Gewerkschaften als Bündnispartner von Erwerbslosen. Autonome/unabhängige und einige kirchliche Erwerbslosengruppen äußerten ihrer kritische Haltung zu Gewerkschaften, zum vorherrschenden Arbeitsbegriff und zu zentralen Organisationstypen Erwerbslosengruppen, während besonders gewerkschaftlich organisierte Gruppen erfolgreiche Politik eher durch Zentralität und inhaltlicher Gewerkschaftsnähe gewährleistet sahen.

Schließlich einigte man sich darauf den örtlichen selbstorganisierten Basisaufbau zu stärken, ohne den eine Zentrale keine Bedeutung hätte. Insbesondere die Auseinandersetzung über ein Recht auf Einkommen⁶ wurde zu einem Schwerpunkt der sich nach dem Kongress konstituierenden „Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut (BAG)“. Der zweite Arbeitslosenkongress 1988 in Düsseldorf bestätigte die bisher begonnene Arbeit und betonte besonders die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit und die Solidarität mit Flüchtlingen. Es folgten mehrere internationale Treffen in Deutschland und Spanien, sowie 1995 ein Kulturkongress in Hamburg und die Beteiligung an internationalen Demonstrationen gegen Sozialabbau⁷.

Intensiviert wurde die Zusammenarbeit mit der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen“ (BAG-SHI). In bundesweiten Aktionen wurde die Bedürftigkeitsprüfung in der Sozialhilfe, wie auch die Zunahme der erzwungenen Arbeitseinsätze angegriffen.

Bereits frühzeitig erhielt der strömungsübergreifende und basisdemokratisch organisierte Ansatz der Initiativen erste Risse. Die gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen bildeten bereits 1986 die „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen“

(KOS), die mit eigenen Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit die Positionen der gewerkschaftsnahen Gruppen repräsentierte. Nach dem Fall der Mauer konstituierte sich im Osten Deutschlands der „Arbeitslosenverband Deutschland“ (ALV), der viele Jahre innerhalb der BAG-Strukturen mitarbeitete. Nachdem sich auch die autonomen Gruppen in der „Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbsloseninitiativen“ (BAG-E)⁸ zusammenfanden, war zwar die ursprüngliche Idee eines gemeinsamen Netzwerkes obsolet geworden. Im Folgenden zeigt sich jedoch, dass es in bestimmten Situationen immer wieder möglich gewesen ist, sämtliche, bundesweit agierende Gruppen zusammenzubringen, um gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und für andere Gesellschaftsstrukturen einzutreten⁹.

Von den 1998er Kämpfen zu den Hartz-IV-Protesten

Die erste kleinere, kollektive Erwerbslosenerhebung datiert aus dem Jahr 1998. In Frankreich rebellierten Erwerbslose gegen die Jospin-Regierung. Mit radikalen und phantasievollen Aktionen, wie der Besetzung der Pariser Handelsbörse, von Banken und Parteizentralen zwangen sie die Regierung zu offiziellen Verhandlungen mit VertreterInnen der Erwerbslosen. In Deutschland verfolgten die Betroffenen, nach einer jahrzehntelangen Politik der Sozialleistungskürzungen und des Ausbaus repressiver Arbeitsmarktinstrumente unter der Regierung Kohl, an den Bildschirmen den Aufstand in Frankreich. Es schien ein politischer Kulminationspunkt erreicht zu sein, der nach Aktionen verlangte. Begünstigt wurde diese Situation durch permanente Anfragen von PressevertreterInnen, die wissen wollten, warum es im eigenen Land zu keinem Protest komme. Plötzlich standen sämtliche Redaktionsräume offen. Es konnten zu den besten Sendezeiten Positionen der Erwerbslosen dargestellt und erläutert werden; eine gute Ausgangsbasis, um eine große Anzahl von Erwerbslosen anzusprechen. Vor diesem Hintergrund entschloss sich die KOS, in Absprache u.a. mit der BAG, dem ALV, der BAG-SHI und verschiedenen Gewerkschaften zu einem Aufruf zu regelmäßigen Aktionstagen vor den Arbeitsämtern (gleichzeitig mit der monatlichen Verkündung der Arbeitslosenzahlen), beginnend am 5.02.1998.

In den ersten Monaten gelang es bis zu 40.000 Erwerbslose zu mobilisieren, die z.T. in phantasievollen und auch grenzüberschreitenden Aktionen ihren Protest auf die Straße trugen. Als Beispiele seien Besetzungen von Arbeitsämtern, der Frankfurter Börse, Aufweckaktionen in Villengegenden und kostenloses Speisen in Nobelrestaurants genannt.

Im Unterschied zum ersten Aktionstag im Februar, als eine nicht unerhebliche Spannung erzeugt werden konnte, waren die weiteren bundesweiten Aktionstage kalkulierbarer und übersichtlicher für die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen in Deutschland. Auch die Bündnispartner verhielten sich zaghaft (etwa die Gewerkschaften mit ihrer eindimensionalen Orientierung gegen die Kohl-Regierung) oder waren nicht bereit, gemeinsame soziale Kämpfe mit fortzuführen. Mit dem fehlenden radikalen Straßendruck verflüchtigte sich auch das Medieninteresse. Die Weiterführung der Rituale des allmonatlichen Protestes führte eher zum Erschöpfungszustand der aktiv Beteiligten bei gleichzeitig einhergehendem Teilnahmeschwund. Die aktiven Initiativen waren nicht in der Lage, Unmut und individuellen Protest in eine kontinuierliche Bewegung zu transformieren. Fünf Jahre später, verschärfte ausgerechnet eine rot/grüne Bundesregierung mit der Agenda 2010 und insbesondere durch die Hartz-Gesetze die Angriffe auf die Lebensbedingungen und sozialen Rechte der Erwerbslosen. Noch im Vorfeld der Verabschiedung

dieser Gesetze gelang es den Initiativen auf einer bundesweiten Demonstration in Berlin im November 2003 100.000 TeilnehmerInnen zu versammeln. Auch ohne Unterstützung der Gewerkschaftsspitze war dies die bisher größte Mobilisierung von Betroffenen. Offensichtlich hatte der Wutpegel vieler Erwerbsloser einen Grad erreicht, der ihnen den Weg zu dieser Manifestation erleichterte.

Im Laufe des November 2003 begünstigten sich die Möglichkeiten von Montagsdemonstrationen im Osten Deutschlands. Diese entfachten sich aber, anders als im Westen, nicht durch organisierte Anti-Hartz-Initiativen, sondern durch betroffene Individuen. Mit wenigen Personen begann die erste Montags-Kundgebung im Juli 2004 in Magdeburg, die sich innerhalb kürzester Zeit auf dem Höhepunkt mit 200.000 Menschen in rund 200 Städten summierte. Der spontane Aufstand im Osten¹⁰ bezog sich u.a. auf die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, die für viele Frauen eine eigenständige Existenzsicherung bedeutete und wandte sich gegen das Abrutschen nach dem Arbeitslosengeldbezug in die Sozialhilfe. Für viele erschien es empörend nach oft jahrzehntelanger Arbeit auf die gleiche Stufe mit Personen gestellt zu werden, die bisher gar nicht oder nur selten gearbeitet hatten. An diesem Punkt war die Wut besonders groß, erschwerte aber auch die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Armutgruppen.

Zwar reichten die Proteste nicht aus, um die Regierung Schröder zu einem anderen sozialen Kurs zu bewegen, führten aber zu einer nachhaltigen Mobilisierung bei zukünftigen Wahlen den LINKEN (vormals PDS) ihre Stimme zu geben, da diese als einzige Partei kompromisslos die Hartz-Gesetze ablehnte. Ähnlich, wie bei den 98'er Protesten konnte der Straßenaktivismus in parlamentarische Bahnen gewandelt werden (1998: gegen Kohl, 2005: für eine starke LINKE), ein großer Teil der Aktiven zog sich zurück.

Versuche an diese Bewegungen anzuschließen, z.B. durch die Aktion „Agenturschluss“ im Januar 2005 (mit Aktionen im Arbeitsamt der Einführung von Hartz-IV zu widersprechen) gelangen nur sporadisch. Sie waren aber Beginn einer Praxis vor Ort, die Interessen von Erwerbslosen gemeinsam zu proklamieren und wenn möglich auch durchzusetzen. Mittlerweile wird an vielen Orten ein sogenannter Begleitschutz organisiert, der Betroffene unterstützt, ihre Anliegen beim zuständigen Jobcenter konsequent einzufordern. Flankiert wird dieser tagtägliche Kampf, mit regelmäßig stattfindenden Zahltagen¹¹, an denen meist im Jobcenter gemeinsame Hilfe angeboten und Rechte kollektiv erkämpft werden.

Gewerkschaften, Parteien und aktuelle Diskussionen

Das Verhältnis vieler Erwerbslosengruppen zu den Gewerkschaften kann als gebrochen bezeichnet werden. Selbst unter den gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen überwiegt kritische Solidarität, verbunden mit dem ewigen, meist aussichtslosen Kampf innerhalb des Gewerkschaftsapparates Forderungen von Erwerbslosen zu verankern. Zu klar hatten sich die einzelnen Gewerkschaften zur Rot/Grünen-Bundesregierung und deren den Sozialabbau fördernden Politik positioniert. So z.B. in einer Erklärung des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand im August 2004: „Die Gewerkschaften werden Demagogen gleich welcher politischer Schattierung energisch entgegentreten. Das gilt insbesondere für undifferenzierte Hartz-IV muss weg-Aufrufe.“ Unvergessen bleibt auch die direkte Unterstützung der „Hartz-Kommission“ durch die Entsendung zweier GewerkschaftsvertreterInnen (von ver.di und IG-Metall) in dieselbige, sowie der Aufruf des DGB-Vorsitzenden Sommer 2003 zur Einstellung von Protesten gegen die Agenda 2010, mit der Behauptung: „Die größten Klötze sind weg“.¹²

Aber auch der monolithische Block der Gewerkschaften kann ins Wanken geraten, wenn die Mitglieder die Einsicht verspüren ihren Vorsitzenden nicht mehr folgen zu wollen. So geschehen 2003, als Anti-Hartz-Gruppen es schafften, mit Unterstützung vieler Gruppierungen der Gewerkschaften (besonders wichtig für den Transport) zehntausende Menschen zum öffentlichen Protest gegen das noch nicht verabschiedete Gesetz nach Berlin zu bringen. Offensichtlich hatten maßgebliche Gewerkschaftsfunktionäre den Protestwillen ihrer eigenen Leute falsch eingeschätzt und befanden sich plötzlich in der Defensive. Ein Vorgang, der innerhalb der Sozialprotestbewegung einmalig blieb.

Das Verhältnis der Erwerbslosengruppen zu Parteien¹³, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen ist ähnlich kritisch einzuschätzen, wenn man von der örtlichen Ebene, auf der manchmal eine gute Zusammenarbeit herstellbar ist, absieht. Parteien und soziale Großorganisationen sind nicht willens und bereit für eine wirkliche Verbesserung der sozialen Lage von armen Leuten einzutreten. Dies ändert sich auch nicht durch manche wortgewaltige Reden einzelner FunktionärInnen zu bestimmten Anlässen (Vorstellung des Armutsberichtes, 1. Mai – Reden usw.), oder durch eine Unterschrift unter diversen Positionspapieren, in der Armutsentwicklungen angeprangert werden. In der Praxis stehen GewerkschaftsfunktionärInnen ihrer Heimatpartei (oft der SPD) näher als den Sorgen armer Menschen und Wohlfahrtsverbände. Auch kirchliche Organisationen profitieren vom Leid vieler Erwerbsloser (z.B. durch die Einrichtung von Ein-Euro-Jobs oder BürgerInnenarbeitsplätze). Zu verzahnt sind ihre politischen Interessen mit einem herrschenden Korporatismus, indem „Arbeit um jeden Preis“ den Mittelpunkt bildet und Sozialpolitik als Vehikel gesehen wird dies gesellschaftlich umzusetzen. Für Amerika wiesen Piven/Cloward (1986) nach, dass die dortigen Armen „erst dann einen gewissen Einfluss gewinnen, wenn sie aus den vorgegebenen Bahnen parlamentarischer Wahlen ausbrechen ...“¹⁴

Auf diesem Erfahrungshintergrund lassen sich Besonderheiten des Erwerbslosenprotestes bestimmen:

- um öffentliche Aufmerksamkeit zu erringen braucht es einen gewissen Grad an Radikalität und listiger Vorgehensweise, weil die einzige Ressource, die Erwerbslose haben, ihre Geduld ist. Werden sie ungeduldig, beginnen sie gegen Regeln zu verstoßen und die institutionelle Ordnung der Gesellschaft zu stören. Verweigern sie dauerhaft die Kooperation, sind politische Erfolge erzielbar.
- Erwerbslosengruppen sind gut beraten ihre Eigenständigkeit zu bewahren und damit verbunden die Unabhängigkeit von Großorganisationen (Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände) aufrecht zu erhalten. Der Glaube, über parlamentarische Mehrheitsentscheidungen würde sich grundlegend etwas an der Situation von Erwerbslosen ändern, wird bei den Betroffenen eher skeptisch gesehen.
- Die Verbindung von Kämpfen um ein besseres Leben mit einer gesellschaftlichen Perspektive war schon immer prägend für Erwerbslosengruppen. Über den Alltagskampf hinaus und der Erfahrung, dass es keine existenzsichernde Vollbeschäftigung mehr geben wird, ergibt sich die Notwendigkeit nach einer anderen Gesellschaft: wie sähe ein Leben ohne Lohnarbeit aus? Aus den Reihen der ErwerbslosenaktivistInnen stammt der Vorschlag eines emanzipatorischen bedingungslosen Grundeinkommens, dem Existenzgeld!

Eine weitere Besonderheit betrifft die Protestfähigkeit von Erwerbslosen. Warum wehren sich diejenigen nicht häufiger und massiver, die am stärksten unter Verarmung und Unterdrückung leiden?¹⁵ Aus der Sicht der öffentlichen Präsenz sind Erwerbslose nur spo-

radisch und eher kurzatmig im Nachkriegsdeutschland auf den Strassen kollektiv aufgetaucht. Der britische Historiker E.P.Thompson wies darauf hin, dass politisches Handeln keiner objektiv messbaren Gesetzmäßigkeit unterliegt. Aufstand und Aufruhr sind kaum voraussehbar. Was Erwerbslose nach einer Demonstration gedacht oder getan haben, wie sich andere Erwerbslose zur gleichen Zeit, in der alltäglichen Auseinandersetzung verhalten haben, welche individuellen Verarbeitungsweisen, behaftet mit bestimmten Norm- und Wertvorstellungen¹⁶, wirksam wurden, ist mit einem Geschichtsverständnis der großen Aktionen und planmäßigen Strukturen nicht zu fassen.

Will man wissen, warum sich Erwerbslose „bewegen“ oder eben nicht, gilt es, ähnlich wie in der Untersuchung¹⁷ des Historikers A. Lütke (1993) zum ArbeiterInnenalltag, „quertreibendes Verhalten“ und das „Handeln einzelner“ mit in die Analyse aufzunehmen. Ein möglicher Bruch mit dem herrschenden System vollzieht sich auch über die bewusste „Einsicht in die Notwendigkeit“ gesellschaftliche Verhältnisse verändern zu wollen, aber ebenso über als ungerecht empfundene Gesetze, Richtlinien, politische Aussagen und bürokratische Diskriminierungen.

Manchmal sind es viele Einzelne, die erfolgreich ihre Würde verteidigen, ohne voneinander zu wissen und manchmal sind es nur einige, die beginnen und andere schließen sich ihnen an, „sie verletzen die Traditionen und brechen die Gesetze, denen sie sich sonst unterwerfen, und trotzen den Autoritäten, denen sie sich gewöhnlich beugen.“¹⁸

Beispielhaft sei hier das Scheitern der Bundesregierung genannt, im großen Stil Erwerbslose zu Ernteeinsätzen zu verpflichten. Auch ohne Dauerdemonstrationen und roten Fahnen auf dem Acker konnte das staatliche Ansinnen, Erwerbslose in eine Art Frondienst zu schicken, verhindert werden. So wurde die ArbeitnehmerInnenhilfe, als damalige gesetzliche Grundlage von Arbeitslosen, ad absurdum geführt, weil jeder Einzelne Gründe fand, nicht als Erntehelfer eingesetzt zu werden. Die betroffenen Bauern wehrten sich ebenfalls, wohl auch, weil die Zusammenarbeit mit den eingespielten ausländischen Einsatzkräften reibungsloser von statten ging, als mit Erwerbslosen, deren Blockadepaxis, auch im Zusammenhang mit größeren, krankheitsbedingten Ausfallzeiten, als kontraproduktiv für das Ernteergebnis angesehen wurde.

Massenhafte Abwesenheit und „Ungeschicklichkeit“ (trotz Sanktionsdrohung) führte schließlich zur Zurücknahme des Gesetzes¹⁹. Einzig und allein durch individuellen Eigensinn, verbunden mit einem Grad Absentismus und der einen oder anderen Form der Sabotage. Keine soziale Bewegung agierte hier, sondern eine Summe von unabgesprochenen individuellen Handlungsweisen, die in ihrer Gesamtheit kollektiv wirkten.

Diese individuellen Resistenzen speisen sich aus einer Ahnung über die Rechtmäßigkeiten auf ein gesichertes Einkommen und richten sich gegen eine nicht würdevolle Behandlung auf den Jobcentern, Sozialrathäusern oder Arbeitsagenturen. Sie führen nicht automatisch zum Gedanken der gemeinsamen Aktion oder in die nächstgelegene Erwerbsloseninitiative, verweisen aber auf eine steigende Wut. Diese findet dadurch einen Ausdruck, dass sie Nischen und Widersprüche innerhalb der Sozialgesetzbücher und deren sie umsetzenden Richtlinien sucht und findet. Das Ziel ist es, die erdrückende Armut zu mildern und der Diskriminierung auf dem Amt entgegen zu treten. Ist diese Strategie erfolgreich, ergibt sich keine Notwendigkeit andere Wege zu finden. Werden diese Möglichkeiten eingeschränkt (seit 2005 hat es bereits 53 Veränderungen des Sozialgesetzbuches II gegeben), lässt sich dennoch kaum etwas über das politische Verhalten dieses Personenkreises aussagen. Erwerbslose haben nur in besonderen Augenblicken (siehe 1998 und 2003/2004) Geschichte geschrieben, führen aber dennoch tagtäglich einen individuellen Kampf um

Würde und Anerkennung. Dem versuchen die Erwerbslosengruppen Rechnung zu tragen, indem sie immer wieder die Vorortarbeit im Zusammenhang mit Rechtsdurchsetzung hervorheben und intensivieren.

In den letzten zwei Jahren finden innerhalb der Erwerbslosengruppen wieder verstärkt perspektivische Diskussionen statt. Sie versuchen ein Resümee, aus dreißig Jahren Erwerbslosenprotesterfahrung zu ziehen. Gemeinsam sind ihnen die notwendige Öffnung zu anderen städtischen, globalisierungskritischen, ökologisch geprägten oder sich zur solidarischen Ökonomie bekennenden Bewegungen, sowie die Notwendigkeit der Überwindung einer rein nationalen Strategie. Im Norden Deutschlands schließen Initiativen, wie die Arbeitslosensebsthilfe Oldenburg (ALSO)²⁰ Bündnisse mit der Ökologiebewegung, kämpferischen Bauern und Bäuerinnen und kritischen Verbraucherverbänden, mit dem Ziel der Herstellung einer Verbindung der Problematik „Hartz-IV und Niedriglohn“ mit Fragen ökologischer Lebensmittelproduktion und -verteilung. Begründet wird dieser Ansatz mit der Überlegung, dass die Themen Naturverhältnis, Nahrungsmittel, und Ökologie Ausgangspunkte für neue Bewegungen darstellen. Diese haben sich bisher bei der Frage nach einem ausreichenden Einkommen eher passiv verhalten, während umgekehrt der ökologische Aspekt bei den Erwerbslosengruppen nur am Rande Beachtung fand. Eine Zusammenführung beider Schwerpunkte in Theorie und Praxis wird als erfolgsversprechend angesehen.

„Gutes Leben“²¹ nennt sich ein anderer Ansatz, der von der „Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen“ repräsentiert wird. Als Ausgangspunkt wird nicht die Debatte um Mindestleistungen im Armutsressort genommen, sondern die Möglichkeit vorausgesetzt, in einer bestehenden reichen Gesellschaft allen BewohnerInnen ein gutes Leben zu ermöglichen. Dabei spielt die Bedeutung von und die Einstellung zur Lohnarbeit eine wesentliche Rolle, denn der Versuch eines anderen Lebens oder eines anderen Arbeitens kollidiert immer wieder mit der Form kapitalistischer Mehrwertproduktion. Die Fragen nach „Wer ist was wert?“ und „Wer leistet etwas und wer definiert die Leistung?“ sind zentral, sie werden ausschließlich über den Faktor Lohnarbeit definiert. Der mehrheitlichen Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen durch das Recht auf Stimmabgabe bei Wahlen, stehen das selbstbewusste Einklagen bedingungsloser Rechte auf Wohnen, Gesundheit, Bildung und Kultur gegenüber. Diese soziale Infrastruktur²² erscheint nach außen nur als Kostenfaktor, aber warum soll es nicht kostenlosen Strom, Wasser und Wärme für Alle geben, warum kein kostenloses Internet, kostenfreie Gesundheitsversorgung oder kostenlose Teilnahme am Nahverkehr? Die Frage nach dem, was für ein gutes Leben benötigt und wer bestimmt, was gebraucht wird²³ stellt sich gerade in Zeiten von sozialen Kürzungen, Verarmungsprozessen und Verelendungstendenzen in vielen Ländern. Für die Beantwortung dieser und anderer Fragen hat die weltweite „Bewegung für direkte Demokratie“ Ansatzpunkte geliefert. Sie betrifft nicht nur Arme und Prekäre, sondern kann auch das Verbindungsglied zu anderen sozialen Bewegungen darstellen, wie auch zu verschiedenen Alternativkonzepten (solidarische Ökonomie, Commonsaktivitäten) und zu internationalen Praxiskonzepten (Buen Vivir in Ecuador und Bolivien).

Arme, Prekäre und Erwerbslose sind aktuell in Deutschland die vielleicht im politischen Spektrum am wenigsten auffallende Personengruppe, dennoch gelten sie in den Analysen und Konzepten verschiedener AutorInnen als wichtige Bestandteile des sozialen Widerstandes. Sie werden bei K.H. Roth (2013) als Teile des „neuen Multiversums“ identifiziert, „die die Zurichtungen des marktradikalen Kapitalismus hinter sich lassen und sich für ein selbstbestimmtes Leben assoziieren ...“²⁴ und für M. Mayer (2013) sind in den

städtischen Bewegungen Gruppen vertreten, „in denen sich Migranten, people of color, Hartz-IV-Empfänger, Obdachlose und andere Marginalisierte und Ausgegrenzte organisiert haben ...“²⁵

Ob es gelingen wird den versteckten, individuellen Protest von Erwerbslosen in kollektiven Widerstand zu transformieren ist ungewiss, zumindest die aktiven Erwerbslosen-Gruppen in Deutschland leisten ihren Teil dafür. Pierre Bourdieus (1998) Bemerkungen zu den, auch für ihn überraschenden, Erwerbslosenprotesten in Frankreich 1998, hat auch heute noch Gültigkeit: „Das Erstaunliche ist also, dass so eine Bewegung auf die Bühne trat, obwohl sie unwahrscheinlich war.“²⁶

Literatur

- Bensaid, Daniel (2012) Die Enteigneten. Hamburg.
- Birke, Peter/Henninger, Max (Hg.) (2012) Krisenproteste. Beiträge aus Sozial.Geschichte Online. Hamburg.
- Bourdieu, Pierre (1998) in der Tageszeitung vom 23.Januar 1998 und in der Frankfurter Rundschau vom 28.Mai 2003.
- Hirsch, Joachim/Brüchert, Oliver/Krampe, Eva-Maria u.a. (Hg.) (2013) Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur. Hamburg.
- Lüdtke, Alf (1993) Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus. Hamburg.
- Mayer, Margit (2013) Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt, in: sub/urban Zeitschrift für kritische Stadt Forschung 1/2013.
- Nowak, Peter (Hg.) (2009) Zahltag. Zwang und Widerstand: Erwerbslose in Hartz IV. Münster.
- Offe, Claus (1972) Politische Herrschaft und Klassenstrukturen; in: Gisela Kress/Dieter Senghaas (Hg.): Politikwissenschaft-eine Einführung in ihre Probleme. Frankfurt.
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. (1977) Aufstand der Armen. Frankfurt.
- Rein, Harald (Hg.) (2013) Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest. Dokumentation, Analyse und Perspektive. Neu-Ulm.
- Roth, Karl-Heinz/Papadimitriou, Zisis (2013) Die Katastrophe verhindern. Manifest für ein egalitäres Europa. Hamburg.
- Seppmann, Werner (2013) Konkrete Utopien; in der junge Welt vom 13.April 2013.
- Skidelsky, Robert/Skidelsky,Edward (2013) Wieviel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens. München.
- Wacker, Ali (1987) Arbeitslosigkeit ist ein massenhaftes Schicksal, aber ein massenhaft individuelles; in: Ulrike Rossmann (Hg.): Provinz – Arbeitslosigkeit. Hannover.

Anmerkungen

- 1 Offe, Claus (1972): Politische Herrschaft und Klassenstrukturen; in: Gisela Kress/Dieter Senghaas (Hg.): Politikwissenschaft-eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt, 135-164.
- 2 Wacker, Ali (1987): Arbeitslosigkeit ist ein massenhaftes Schicksal, aber ein massenhaft individuelles; in: Ulrike Rossmann (Hg.): Provinz – Arbeitslosigkeit, Hannover, 71-91.
- 3 Seppmann, Werner (2013): Konkrete Utopien; in: junge Welt vom 13.April.
- 4 Rein, Harald (Hg.) (2013): Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest. Dokumentation, Analyse und Perspektive, Neu-Ulm. In diesem Buch kann auch ausführlicher die Widerstandsgeschichte, in all ihren Facetten, nachvollzogen werden.
- 5 In den ersten zehn Jahren der bundesweiten Aktivitäten dürfte es etwa 1000 Gruppen gegeben haben, mittlerweile wird von 500 bis 700 ausgegangen.
- 6 Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt entwickelte eine bundesweite Arbeitsgruppe „Existenzgeld“

- die inhaltlichen Grundlagen für den Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens als Alternative zur gängigen Arbeitsmarktpolitik.
- 7 Aus diesen Zusammenhängen formierten sich international geprägte „Euro-Marsch“-Initiativen, die in unregelmäßigen Abständen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung durchführen.
 - 8 Diese ging später mit der BAG-SHI zusammen und nannte sich dann: „Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen“. Aufgrund finanzieller Turbulenzen musste dieser Zusammenhang sich 2008 auflösen. Einige Initiativen aus diesem Netzwerk gründeten im gleichen Jahr die „Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen“ (BAG-PLESA).
 - 9 So zuletzt (2010) die zentrale Demonstration in Oldenburg: „Krach schlagen- statt Kohldampf schieben“.
 - 10 Aus den Aktivitäten der MontagsdemonstrantInnen gingen neue bundesweit agierende Gruppen, wie das „Aktionsbündnis Sozialproteste“ (ABSP) und ein bundesweites Delegiertentreffen von Montagsdemonstrationen hervor.
 - 11 Nowak, Peter (Hg.) (2009): *Zahltag. Zwang und Widerstand: Erwerbslose in Hartz IV*, Münster
 - 12 *Frankfurter Rundschau* vom 28.Mai 2003.
 - 13 Piven/Cloward umschreiben es so: „Organisationen überleben, indem sie ihre oppositionelle Politik aufgeben.“ (Piven/Cloward 1976, 21) Oder anders ausgedrückt: gerät eine linke Oppositionspartei in Regierungsverantwortung, ändert sie sukzessive ihr radikales Programm, siehe z.B. das Verhältnis der Linkspartei während ihrer Regierungsbeteiligung in Berlin gegenüber den Forderungen von Erwerbslosen.
 - 14 Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. (1977): *Aufstand der Armen*, Frankfurt, 40.
 - 15 Hinweise, wie die von Birke: „So haben die Erwerbsloseninitiativen nach der Massenbewegung gegen Hartz IV in den Jahren 2004/2005 nicht mehr aus ihrer Depression herausgefunden.“ sind dabei wenig hilfreich, Birke, Peter/Henninger, Max (Hg.) (2012): *Krisenproteste. Beiträge aus Sozial.Geschichte Online*, Hamburg, 211.
 - 16 Siehe auch die Ausführungen von Bensaïd (2012) zu Formen des Widerstandes der Enteigneten oder prekär Lebenden im Namen von Sitten, Gebräuchen und Traditionen.
 - 17 Lüdtko, Alf (1993): *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg.
 - 18 Piven/Cloward 28.
 - 19 2005 wurde der § 56 Sozialgesetzbuch III (Arbeitnehmerhilfe) ersatzlos gestrichen. In der Regel werden jetzt nur noch Erwerbslose eingesetzt, die sich freiwillig zum Ernteeinsatz melden.
 - 20 Ausführlicher bei: Bättig, Michael.: *Strategien von Erwerbslosenprojekten-Versuch einer Neuorientierung*, in: Rein 2013 181-186.
 - 21 Ausführlicher bei: Rein, Harald: *Existenzgeld und Gutes Leben – Erwerbslose auf neuen Pfaden!*, in: (REIN 2013 187-198).
 - 22 Hirsch, Joachim/Brüchert, Oliver/Krampe, Eva-Maria u.a. (Hg.) (2013): *Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur*, Hamburg.
 - 23 Interessant sind in diesem Zusammenhang die Überlegungen von Skidelsky, Robert/Skidelsky-Edward (2013): *Wieviel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens*, München.
 - 24 Roth, Karl-Heinz/Papadimitriou, Zisis (2013): *Die Katastrophe verhindern. Manifest für ein egalitäres Europa*, Hamburg, 81-83.
 - 25 Mayer, Margit (2013): *Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt*, in: *sub/urban Zeitschrift für kritische Stadt Forschung* 1/2013,155-168. Sie weist aber auch darauf hin, dass diese sozialen Gruppen weniger in nordeuropäischen Bewegungsszenen zu finden sind, dafür aber präzenter in Südeuropa und Nordamerika agieren.
 - 26 Interview mit Pierre Bourdieu in der Tageszeitung 23.Januar 1998.